Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 67. Mittwoch, den 20. März 1850.

Berlin, vom 20. März.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kaiserlich österreichischen Oberst-Lieutenant im Generalstabe, Stäger von Waldburg in Wien, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Kaiserlich österreichischen Post-Direktor von Vintschgau zu Venedig, so wie dem Prediger der Mennoniten-Gemeinde zu Goch, Hedo Wibius van der Ploeg, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; desgleichen dem Schullehrer Weyde zu Blumenstein, Kreis Preußisch-Eylau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 18. März. Der Schles. Ztg. wird von hier geschrieben: Die in öffentlichen Blättern mitgetheilte Nachricht, daß England in einer Note an Dänemark erklärt habe, jede Behinderung eines englischen Schiffes durch eine erneuerte dänische Blokade als einen casus belli anzusehen, wird in Kreisen hiesiger Staatsmänner, die im Falle der Richtigkeit dieser Nachricht Kenntniß von der Note erlangt haben würden, als unbegründet erachtet. In Bezug auf die russische Note an Preußen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit können wir den Sachverhalt dahin mittheilen, daß Seitens des russischen Cabinets dem preußischen Gesandten in Petersburg eine Eröffnung gemacht worden ist, worin Rußland den dringenden Wunsch ausspricht, daß der Waffenstillstand gewissenhaft aufrecht erhalten und der Abschluß des endlichen Friedens ernstlich bewirkt werden möge. Es ist darauf der General v. Rauch, wie bekannt, nach den Herzogthümern gesandt worden, um Rußland den Beweis zu liefern, daß es Preußen ernstlich um den Frieden zu thun sei. Mit Rücksicht auf das Vertrauen, welches der General v. Rauch am russischen Hofe genießt, ist derselbe eben mit dieser Sendung betraut worden. Darauf lassen sich die verbreiteten Nachrichten hinsichts einer russischen Note zurückführen. In der Eröffnung an den preußischen Gesandten, welcher allerdings ein Zweifel Rußlands an dem ernstlichen Willen Preußens zu Grunde lag, hatte man russischerseits durchblicken lassen, daß man in gewissen Fällen Dänemark Schutz angedeihen lassen werde. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit ist gegenwärtig in eine Entwickelung getreten, welche eine weitere Auslassung darüber zur Zeit nicht gestattet.

— Auch derjenige Theil der Berliner Landwehr, welcher bisher zur Strafe für das auf dem Marsche nach Baden bewiesene Benehmen ohne Waffen nach Gollnow in Pommern verlegt worden war, ist nunmehr zur Rückkehr in die Heimath beordert. (C. Z.)

Berlin, 18. März. Durch das Erscheinen der neuen Agrargesetze vom 2. März, betreffend die Ablösung der Reallasten, die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, die Errichtung von Rentenbanken und die Ergänzung der Gemeinheitstheilungsordnung, ist den mit der Ausführung derselben beauftragten Behörden eine überaus wichtige und umfangreiche Aufgabe gestellt. Das landwirthschaftliche Ministerium, dem die Sorge für deren Lösung zunächst obliegt, sucht hierauf mit regem Eifer hinzuwirken, und hat zu dem Ende durch eine Cirkular-Verfügung sämmtliche Auseinandersetzungs-Behörden nicht nur im Allgemeinen zur angestrengtesten Thätigkeit aufgefordert, sondern ihnen zugleich diejenigen Gegenstände bezeichnet, auf welche dieselben ihre Wirksamkeit zunächst zu richten haben werden. Schwer aber wird es jedenfalls sein, mit den vorhandenen, in den letzten Jahren eher verminderten als vermehrten Organen den sicher vorauszusehenden Andrang der Geschäfte zu bewältigen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die Heranziehung neuer Kräfte und jede zulässige Erleichterung des Geschäftsganges nöthig werden wird, wenn die Aufgabe befriedigend gelöst werden soll. In letzterer Beziehung tritt die große Ausdehnung des Geschäftsbereichs einiger General-Kommissionen als eine Schwierigkeit entgegen, welche jedoch dadurch gemildert wird, daß in den beiden Provinzen, wo der Uebelstand eines zu ausgedehnten Geschäftsbereichs sonst am fühlbarsten werden möchte, nämlich in Schlesien und Sachsen, die Verbindungen durch ein ausgebildetes Eisenbahnnetz sehr erleichtert werden. Ob unter diesen Umständen die schon früher wiederholt angeregte Frage, wegen Einrichtung mehrerer Auseinandersetzungs-Behörden in jenen beiden Provinzen, wieder aufgenommen werden soll, scheint noch nicht entschieden zu sein. Dagegen ist es, dem Vernehmen nach, im Werke, das Kollegium der General-Kommission zu Stendal, bei welchem durch die Zahl der Mitglieder der Geschäftsgang erschwert wird, in 2 Abtheilungen zu theilen, welche bei den Entscheidungen als Senate für die ihnen zugewiesenen Wirkungskreise ebenso, wie bei der Leitung der Auseinandersetzungen, getrennt Beschlüsse zu fassen haben werden, und nur bei zweifelhaften Prinzipienfragen und ähnlichen wichtigen Veranlassungen zu einem Plenum vereinigt werden können. Es werden also hier die bei den größeren Justiz-Kollegien schon längst gemachten Erfahrungen von dem Nutzen der Theilung der Arbeit benutzt werden, und da die Einrichtung keiner erheblichen Vorbereitung bedarf, und keine Uebergangsstörungen mit sich führt, so empfiehlt sie sich selbst als interimistische Maßregel, welche sie vielleicht nur ist. Auch für die General-Kommission in Breslau möchte eine ähnliche Anordnung anräthlich sein. Wie wir hören, ist ein Kommissarius des Ministeriums dorthin abgesandt, um mit der General-Kommission in Berathung zu nehmen, welche neuen organischen Einrichtungen erforderlich sein möchten, um die Durchführung jener neuen Gesetze in Schlesien, und vornehmlich in Oberschlesien, dessen ländliche Bevölkerung einer solchen Hülfe am dringendsten bedarf, so schnell als möglich ins Werk zu richten. Auch zur Bildung der Rentenbanken sind bereits vorbereitende Einleitungen getroffen. (C. C.)

Berlin, 18. Marz. Schon in der Sonnabend-Nummer hatte die National-Zeitung einen Artikel für den 18. März geschrieben, um anzukündigen, daß die Demokratie an keine Ruhestörungen für diesen Tag denke. „Die Demokratie“, so ließ sie sich vernehmen, „sieht, wie sie an Ausbreitung zunimmt; sie hat gesehen, wie das sächsische Heer bei der letzten Wahl sich für sie erklärte; sie sieht, wie das französische Heer mit sammt der französischen Bourgeoisie für die Demokratie gegen die Reaktion stimmt. Die Reaktion gründet sich blos auf die Bajonette. Der Augenblick ist nicht mehr fern, wo auch die Bajonette ihr überall nicht mehr zu Diensten stehen, sich gegen sie kehren — und die Demokratie sollte nicht warten können? Sie wartet.“ — Heute beschäftigt sich das Blatt, welches mit einem schwarzen Rande erschienen ist und unter dem Titel den „18. März 1848“ in einem Trauerkranze zeigt, — mit einem Rückblick auf „Heute und vor zwei Jahren“. Der Artikel ist der Verherrlichung des „Volkes“ gewidmet, welches den 18. März gemacht hat. „Das Volk“, so ist etwa der Gedankengang, „hatte viel zu dulden und zu leiden gehabt.“ Aber „es überließ seine Dränger ihren Gewissensbissen; es ertheilte hochherzig, großmüthig Amnestie für das Vergangene; es dachte nur daran, Freiheit und Gleichberechtigung für die Zukunft fest zu begründen. Zwei Jahre sind nun seitdem vergangen; zwei Jahre, welche dem Volke große Lehren gegeben, welche ihm die Ueberzeugung gebracht haben, daß es unrecht gethan habe, an den guten Willen der Regierung zu glauben. Das Volk kann es nicht bereuen, im März 1848 hochherzig und großmüthig gewesen zu sein.“ „Die Regierung aber muß beschämt die Augen niederschlagen, wenn sie bedenkt, wie sie an dem Volk gehandelt.“ Jetzt habe nun die Regierung statt des vertrauenden Aufschwungs des Volksgeistes den ganzen Ernst männlicher Entschlossenheit sich gegenüber, sie habe das tief eingewurzelte, volksthümliche Mißtrauen gegen sich. Die Märzverheißungen seien unerfüllt geblieben, aber die Märzbewegung dauerte fort.

— Außerdem bringt die National-Zeitung einen heftigen Angriff gegen das Verbot des Besuchs des Friedrichshains am heutigen Tage. Sie giebt vor, darin eine „Huldigung der Furcht“ zu erblicken, welche „die Regierung der Furcht dem Andenken der Gefallenen darbringe.“ Niemand aus der Volkspartei habe daran gedacht, am 18. März Ruhestörungen zu veranlassen. Nachdem dasselbe Blatt am Sonnabend versichert hatte: „Natürlich werden Viele, wie im vorigen Jahre, nach dem Friedrichshain hinausgehen“, scheint uns ihre Versicherung, daß dabei weder Demonstrationen, noch Versammlungen stattfinden sollten, von sehr geringem Gewicht. Weder die National-Zeitung, noch eines der verwandten Blätter, noch auch die Herren Berends, Paalzow, Meyen und Dr. Waldeck, welche heute die „Volkspartei“ vom Besuche abmahnen, können irgend eine Garantie dafür gewähren, daß da, wo die Demokratie hin wallfahrtet, Alles in Frieden abgehen werde. Die Polizei hat eine andere Verantwortlichkeit, als jene Herren, und hat wohl daran gethan, jedem Konflikt vorzubeugen. Wenn dabei irgend eine „Furcht“ mitgespielt hat, so war es die Furcht der Humanität, daß etwa um einiger Wahnwitziger willen traurige Scenen entständen. Wegen der Folgen solcher Scenen braucht sie Gott sei Dank keine Art von Besorgniß zu hegen. (D. Ref.)

— Der Verwaltungsrath der deutschen Union hat in Erfurt seine Sitzungen bereits eröffnet.

Berlin, 18. März. Der König hat sicherm Vernehmen nach, wie der Bresl. Ztg. berichtet wird, am Sonntage persönlich an den König von Hannover geschrieben, um durch eine derartige persönliche Vermittelung einen Versuch zu machen, den sich immer noch häufenden Schwierigkeiten in der Stellung beider Staaten zu einander abzuhelfen. (Const. Z.)

— Das Neueste Militair-Wochenblatt meldet u. A. folgende Ernennungen: von Pfuhlstein, Rittmeister vom 5. Ulanen-Regmt. zum Major in die Adjut. und zum Gen.-Kommdr. VII. Arm.-Corps versetzt, von Gor-

dow, Hauptm. vom 9. Inf.-Reg. zum Major ernannt. Ferner ist der Abschied bewilligt: Radzow, Major v. 2. Inf.-Reg., v. Blücher, Rittm. v. 3. Ulanen-Reg. als Major, v. Thadden, Major v. 14. Inf.-Regmt. als Oberst-Lieut., von Knobelsdorff-Brenkenhoff, Rittmeister, als Major. Dem Blatte ist das Beiheft für Januar, Februar und März d. J., enthaltend die Fortsetzung der Operationen und Gefechtsberichte aus dem Feldzuge am Rhein, in der Pfalz und im Großherzogthum Baden im J. 1849 beigegeben.

— Die Sp. Ztg. schreibt: Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß der Reichstag in Erfurt, nach erfolgter Annahme der Verfassung, auf vier Wochen vertagt werden werde. Bei der Wiedereröffnung der Sitzungen dürfte von dem Verwaltungsrath bereits ein Reichsministerium gebildet sein.

— Eine seltsame, aber verbürgte Thatsache erzählt man sich hier vom Ministerpräsidenten Hassenpflug. Als derselbe vor einigen Wochen durch Berlin reiste, verlangte er vom hiesigen Vormundschaftsgericht die schleunige Emancipation seiner ältesten Kinder. Zur Begründung der Competenz erklärte er, daß er seinen Abschied als Präsident des Appellhofes zu Greifswald erhalten und in Berlin seinen bleibenden Wohnsitz genommen habe. Dieser Versicherung Glauben schenkend, wurde das Emancipationsverfahren eingeleitet; als aber die schleunigst erlassenen Vorladungen dem Herrn Hassenpflug insinuirt werden sollten, ergab es sich, daß er bereits nach Kassel zum Antritt seines neuen Amtes als Ministerpräsident abgereist war, woran das Vormundschaftsgericht nach den Erklärungen des Antragsstellers unmöglich hatte glauben dürfen. Die eigentlichen Absichten dieser Täuschung sind zwar nicht bekannt, aber die Sache dient von Neuem dazu, dem Charakterbild des Herrn Hassenpflug einigen Schatten hinzuzufügen. (K. Z.)

— Die preußische Armee kann jetzt ohne große Umstände innerhalb 14 Tagen vollständig auf den Kriegsfuß gebracht werden. Auch mit den Grenzfestungen ist dieses der Fall.

Berlin, 17. März. Gestern um 1 Uhr rückten die beiden Landwehr-Kompagnieen des 20sten (Berliner) Landwehr-Regiments, welche seither in Minden kantonirt hatten, in echt militairischer Haltung in Spandau ein. Bei dem darauf erfolgten Abend-Appell sprach der Kommandirende seine Zufriedenheit über die Haltung der Kompagnie auf dem Marsche aus und eröffnete ihnen, daß sie binnen kurzer Zeit entlassen werden würden. Wie man hört, werden die zweite und vierte Kompagnie desselben Bataillons morgen in Spandau einrücken und soll am 18ten bereits mit Formirung der Stammkompagnie vorgeschritten werden.

— Vergangenen Sonntag wohnte Se. Majestät der König seit der erlittenen Fußverletzung zum ersten Mal wieder dem in der Schloßkapelle zu Charlottenburg für den Hof stattgehabten Vormittags-Gottesdienste bei. Se. Majestät macht seit dem 15ten d. M. bereits kleine Spaziergänge im Charlottenburger Schloßgarten.

— Es dürfte dem Publikum willkommen sein, zu erfahren, daß die Krollschen Erben nun sicher im Besitze des von ihrem verstorbenen Vater im Thiergarten begründeten großartigen Etablissements bleiben, indem es ihnen möglich geworden, die nöthigen Kaufgelder zu dem deshalb am 23sten d. M. anberaumten Termine zu beschaffen und zu belegen.

— Höherem Wunsche zufolge wird, wie wir vernehmen, Jenny Lind sich noch in einigen öffentlichen Konzerten hier jetzt hören lassen.

Köln, 15. März. Die Unzufriedenheit der meisten steuerpflichtigen Einwohner über den vom hiesigen Gemeinderathe in der Sitzung vom 7. d. M. festgestellten Satz bei Erhebung der Einkommensteuer pro 1850 hat zu einer zweiten Sitzung Veranlassung gegeben und gestern den Gemeinderath zur Abänderung seines früheren Beschlusses bestimmt. Der Prozentsatz von $3\frac{1}{4}$ Rthlr. für die mit 400 Rthlr. Einkommen Eingeschriebenen wurde als zu hoch erkannt und festgesetzt, daß von einem Einkommen von 400 bis 999 Rthlr. ein geringerer Satz erhoben werden müsse, sollte die auffallende Ungerechtigkeit vermieden werden, daß für das höchste Einkommen nur der gleiche Prozentsatz zu erheben sei, wie für ein Einkommen von 400 Rthlr. Die Abänderung ist nun der Art getroffen, daß von einem Einkommen von 100 Rthlr. ein halbes, von 101 bis 150 Rthlr. ein, von 151 bis 299 Rthlr. $1\frac{1}{2}$, von 300 bis 399 Rthlr. 2, von 400 bis 499 Rthlr. $2\frac{1}{4}$, von 500 bis 599 Rthlr. $2\frac{1}{2}$, von 600 bis 699 Rthlr. $2\frac{3}{4}$, von 700 bis 999 Rthlr. 3 Prozent, von 1000 Rthlr. und höher der gleichmäßige Satz von $3\frac{1}{4}$ Prozent erhoben werden. (D.R.)

Münster, 13. März. In Bezug auf die Temme'sche Anklage erfahren wir, daß sie auf Hoch- und Landesverrath lautet, und zwar ist in letzter Beziehung der § 110 des Straftitels allegirt. Die Staatsanwaltschaft hatte ihren Antrag nur auf Hochverrath gestellt.

— Die Jesuiten haben mit außerordentlichem Erfolge hier gearbeitet. Die größere Hälfte unserer Bewohner befindet sich noch augenblicklich in einem geistigen Rausche, der sich zum Theil bis zur vollkommenen Geistesverwirrung gesteigert hat.

Düsseldorf, 16. März. Heute Morgen in aller Frühe wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, wie es heißt, an solchen Leuten, welche auch von hier nach Elberfeld gezogen waren, um im Mai vorigen Jahres die Elberfelder Unruhen mitzumachen; man sprach von 10 Verhaftungen. (D.R.)

Kassel, 11. März. Lometsch und Baumbach gelten bei ihren geringen Fähigkeiten so ziemlich allgemein als politische Halbe, als bloße Uebergangsminister.

Was aber den beiden Genannten an Festigkeit abgeht, das besitzt in ausgezeichnetem Grade nicht blos Hassenpflug, sondern auch der Vorstand des Kriegsministeriums, Major v. Haynau. Er ist der Sohn des pensionirten General-Lieutenants von Haynau, Neffe des österreichischen Generals, Enkel des verstorbenen Kurfürsten Wilhelm I., also Vetter des jetzt regierenden Kurfürsten, ein Mann von ungefähr 44 Jahren. Während des vormaligen Hassenpflugschen Ministeriums war er Flügel-Adjutant beim damaligen Kronprinz-Mitregenten, anfangs sehr beliebt, später wegen seines schroffen Mysticismus beim Fürsten und der Gräfin in großer Ungnade. Er wurde als Hauptmann zur Artillerie versetzt und erregte noch einmal großes Aufsehen, als er mit Entschiedenheit darauf bestand, daß der Garnisonprediger ihm sein Kind streng nach der alten Agende taufen solle, mit Beibehaltung der Worte: „Widersagt ihr dem Teufel und allen seinen Werken?" woraus damals im Publikum das weitverbreitete Gerücht entstand, er habe die Wiedereinführung des Exorcismus begehrt. Er ist streng monarchisch gesinnt, aber noch strenger orthodox und hat das Bibelwort: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber auch Gott, was Gottes ist," als Mann von gewissenhafter Ueberzeugungstreue in seinem Leben bewährt. Keine Ungunst von Oben, kein spöttisches Lächeln seiner Kameraden, keine polizeiliche Ueberwachung hat ihn abgehalten, die Missionsstunden und Feste zu besuchen und gleich seinem Vater die Liebeswerke der inneren Mission selbst zu betreiben. Wie sehr ihm sein Christenthum Herzensangelegenheit ist, läßt sich daraus entnehmen, daß er noch als Hauptmann griechisch gelernt hat, um das neue Testament in der Ursprache lesen zu können. Ueberhaupt studirt er häufig theologische Schriften. Als daher im vorigen Jahre einmal gerüchtsweise davon die Rede war, daß er ein Ministerium bilden solle, da drückte ein fremder Diplomat seine Verwunderung mit den Worten aus: „Wie, Haynau an der Spitze eines Kabinets? Eher könnte ich mir ihn als Direktor eines Schullehrer-Seminars denken!" Obgleich zweifelsohne ein grundsätzlicher Gegner der März-Errungenschaften, ist er doch streng rechtlich und wird als Ehrenmann sicherlich Nichts gegen die Gesetze unternehmen. Ob sein sehr scharfblickender Verstand ihn lehren wird den Zeitverhältnissen positive Rechnung zu tragen, muß die Zukunft ausweisen; hat er doch einst in Beziehung auf die extremen Maßregeln Scheffers die Aeußerung gethan: „Mit Schwadronenhieben regiert man keinen Staat!" An seine deutsche Gesinnung glaube ich, weil er nach eigenem Wunsch mit unsern Truppen in Schleswig gewesen und von der Gerechtigkeit der Schleswig-Holsteinischen Sache überzeugt ist. Mit seinem Collegen Baumbach ist er verschwägert. Mit Hassenpflug ist er schon früher durch religiöse und politische Wahlverwandtschaft in enge Berührung gekommen. Diese beiden Männer sind es, die den Charakter unsres dermaligen Ministeriums bestimmen. (C.Z.)

München, 13. März. Auf der Tagesordnung der Abgeordneten-Kammer stand die Berathung, das Verfahren bei Anklagen gegen Minister betreffend. Ehe jedoch die Berathung beginnt, bringt der Finanzminister von Aschenbrenner einen Gesetz-Entwurf über Capital- und Einkommensteuer. Hierauf wird zu der Tagesordnung geschritten und einige von den Reichsräthen abweichende Bestimmungen gefaßt. Bei der Namens-Abstimmung wurde das Gesetz angenommen. Es geht nun nochmals an die Reichsräthe. Noch während diese Berathung dauerte, sah man, wie dem Herrn Ministerpräsidenten eine Depesche behändigt wurde, und er hierauf mit dem Kammerpräsidenten Rücksprache nahm. So bestieg er auch in dem Augenblick die Rednerbühne, da die Sitzung schon geschlossen werden sollte, um eine Mittheilung über die deutsche Frage zu machen. Von den früheren Kammerbeschlüssen und Ministerialäußerungen ausgehend, erwähnt er der österreichischen und baierischen Verwahrungen gegen die Beschlüsse des Erfurter Reichstages. Mit der hierauf erfolgten preußischen Antwort vom 16. Dezember v. J. sei der rechtliche Standpunkt gewahrt worden, und es war nun an der Zeit, zu Vorschlägen Seitens der am Erfurter Reichstage nicht theilnehmenden Regierungen zu gelangen. Durch hierauf gerichtete vertrauliche Einleitungen sei die Uebereinkunft vom 27. Februar, die weder Bündniß noch Gegenbündniß, sondern nur Vorschlag ist, zu Stande gekommen. Eine eben eingetroffene telegraphische Depesche (wie wir hören, gelangte eine Berliner Depesche, von heute früh 9 Uhr 45 Minuten datirt, nach Wien, und wurde mit einer dort verfaßten heute gegen Mittag hieher befördert) benachrichtigt ihn, daß der preußischen und der österreichischen Regierung dieser Vorschlag mit einer entsprechenden, zur Würdigung und weiteren Behandlung auffordernden Note übergeben wurde. Eine ähnliche Mittheilung werde in den nächsten Tagen der Bundes-Commission in Frankfurt gemacht werden. Es bestehe begründete Hoffnung, daß in wenigen Tagen der Anschluß Seitens Oesterreichs erfolge, und hiernach werden die weiteren Mittheilungen folgen. Der Herr Minister verliest die Convention sammt der Note; erstere ist, wie ein Mitglied, das sie collationirte, versicherte, wörtlich wie sie die gestrige Allgemeine Zeitung aus der Weser-Zeitung brachte; letztere stellt es anheim, ob der Vorschlag unmittelbar oder durch Vermittelung der Bundes-Commission behandelt werden wolle, und stützt sich auf Art. 6 der Wiener Schlußakte. (A. A. Z.)

Stuttgart, 15. März. Heute wurde die Landesversammlung durch Se. Majestät den König eröffnet. Um 10 Uhr fand der Gottesdienst in der Stiftskirche statt. Nach dem Gottesdienst fanden sich die Abgeordneten ein; im Namen des Ausschusses ersuchte der Präsident Schoder den Abgeordneten Schott von Stuttgart, als das älteste Mitglied, die Funktionen des Alterspräsidenten zu übernehmen. Schott bezeichnete die Deputation, welche Se. Majestät zu empfangen habe. Die Deputation empfing sofort Se. Majestät den König, der von seinem Gefolge begleitet, in den Saal eintrat, und auf dem Königlichen Thron Platz nahm. Minister von Schleyer verlas den Eid, den die neu eintretenden Mitglieder nach dem Gesetz vom 1. Juli 1849 und der Verordnung vom 12. November 1849 zu leisten haben, worauf diese vortraten und den Eid in die Hand Sr. Majestät bekräftigten.

Nach der Beeidigung verlas Seine Majestät folgende Rede vom Thron:

„Meine Herren Abgeordneten! Die ganze Lage von Deutschland und die inneren Verhältnisse Württembergs machen es Mir zur höchsten Pflicht, Mich mit der größten Offenheit auszusprechen.

„Deutschland hat seit den Märzereignissen des Jahres 1848 nicht aufgehört, der Spielball der Parteisucht und des Ehrgeizes zu sein. Der deutsche Einheitsstaat ist ein Traumbild und das gefährlichste aller Traumbilder, eben so wohl unter dem deutschen, als unter dem europäischen Gesichtspunkte. Alle Wege, welche man nach diesem verkehrten Ziele bereits eingeschlagen hat und noch ferner einschlagen möchte, werden immer nur zum Gegentheil, das heißt zur Spaltung und Auflösung der Gesammtheit führen. Die wahre Stärke und Eintracht, die wahre Kultur und Freiheit der Nation beruht im letzten Grunde auf der Erhaltung und Pflege der Eigenthümlichkeit und Selbstständigkeit ihrer Hauptstämme. Eine jede gewaltsame Verschmelzung der letzteren, eine jede absolute Unterordnung eines Hauptstammes unter den anderen würde der Anfang unserer inneren Auflösung und das Grab unserer nationalen Existenz sein. Für die rechte, für die dauerhafte Einigkeit unseres Gesammt-Vaterlandes giebt es nur eine einzige politisch-mögliche und praktisch-durchführbare Verfassungsform, es ist die föderative. Glücklicherweise ist diese Form einer weit größeren Stärke und Kraftentwickelung im Innern und nach außen fähig, als die bisherige Bundes-Verfassung sie gewährte. Daß man diese Wahrheit zuerst in Frankfurt und nachmals in Berlin verkannte, hat die gege

wärtige Spaltung und Verwirrung unserer Zustände ganz allein herbeigeführt. Die unpartheiische Geschichte wird es einst nicht verschweigen, welche Zwecke und welche Leidenschaften das Bündniß vom 26. Mai gestiftet haben. Die Größe und die Einigkeit der Nation haben nichts mit ihm gemein, auf die Volkssympathieen kann es keinen Anspruch machen; es ist ein künstlicher Sonderbundversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesammtheit berechnet, und eben deshalb in der Mitte von den drei größten Landmächten ohne Aussicht auf Bestand in den Tagen der Gefahr. Die Durchführung dieses Bündnisses würde nicht zu vollbringen sein, ohne einen offenen Bundesbruch und ohne eine wissentliche Verletzung jener feierlichen Traktate, worauf unsere Stellung und unsere Unabhängigkeit gegen Europa, so wie das politische Gleichgewicht Europas überhaupt beruht.

„In richtiger Würdigung der Gefahren, sowohl im Innern als nach außen, zu welchen das Bündniß vom 26. Mai unausbleiblich führen müßte, wenn die Theilnehmer desselben auf ihm beharren würden, so wie insbesondere, um Meinerseits, so weit Ich dies vermag, der Gesammtnation das kostbarste Pfand ihrer Größe und künftigen Ruhe, Ich meine die Einigkeit aller ihrer Bruderstämme, zu erhalten, habe Ich durch Mein Ministerium mit den Regierungen von Baiern und Sachsen Verhandlungen zum Behuf einer Verständigung über einen Entwurf einer das Gesammtvaterland begreifenden Verfassung angeknüpft. Ich habe die doppelte Genugthuung, Ihnen heute mittheilen zu können, daß diese Verhandlungen ihren beabsichtigten Zweck erreicht haben, und daß sich die Regierung des Kaisers von Oesterreich mit dem Resultat derselben einverstanden erklärt hat.

„Ich darf Mir das Zeugniß geben, daß Ich von jeher in der engsten Eintracht von Oesterreich und Preußen die wahre Bedingung unserer gemeinschaftlichen Wohlfahrt und die einzige Bürgschaft unseres inneren Friedens und unserer nationalen Selbstständigkeit erkannt und demgemäß in der gegenwärtigen Krise unseres Gesammtvaterlandes alle Meine Schritte, so wie diejenigen Meiner Regierung bemessen und eingerichtet habe.

„Was in den Stürmen unserer Zeit allein Kraft und Dauer und Heil gewährt, das ist die Wahrung des alten Rechts, das ist das Festhalten an dem Positiven, an dem geschichtlich Vorhandenen, welches sich nicht ableugnen läßt und sich immer wieder von neuem geltend zu machen weiß. Ich und die mit Mir in der Frage verbundenen Regierungen, Wir wollen der Nation ihr Anrecht auf die Vertretung der Gesammtheit bewahren, Wir wollen keinen politischen Neubau mit der Zerreißung unseres alten Rechts, sondern die zeitgemäße Neugestaltung des bisherigen Bundes; Wir wollen die gerechten Forderungen Preußens mit den Gesammt-Interessen Deutschlands in Einklang bringen; Wir wollen aber unsere Partikular-Interessen auf dem Altar des Vaterlandes nicht dieser oder jener spezifischen Macht, sondern nur allein der Gesammtheit zum Opfer bringen; Wir wollen weder Oesterreicher noch Preußen, sondern durch und mit Württemberg ganz allein Deutsche sein und bleiben.

„Meine Minister werden Ihnen zur Prüfung diejenigen Gesetz-Entwürfe vorlegen, über welche eine Verabschiedung im Interesse des Landes vorzugsweise dringend erscheint, besonders empfehle Ich Ihrer sorgfältigen Beachtung diejenigen Vorschläge, welche die Bildung beider künftigen Kammern zum Gegenstande haben.

„Ich halte in Uebereinstimmung mit Meiner Regierung den Census von unbeweglichem und vom Kapitaleigenthum für die allein zeitgemäße und einzig wesentliche Grundlage einer jeden berathenden Versammlung.

„Sie wissen, Ich habe vor mehr als dreißig Jahren die Bahn der constitutionellen Staatsordnung zu einer Zeit betreten, als ein solches Unternehmen mit Schwierigkeiten und Gefahren aller Art im Innern und nach außen verknüpft war. Meine Regierung war nie weder eine absolute noch reactionaire. Ich habe stets den Umständen und den Zeiten Rechnung getragen; und so oft neue Regeln der Führung anzunehmen, neue Wege zum Besten des Gemeinwohls einzuschlagen sind, werden Sie Mich jedesmal bereit und geneigt finden, die neuen gesellschaftlichen Thatsachen zum Besten unseres Volkes zu lenken.

„Allein, Ich sage es Ihnen mit Meinem gewohnten Freimuthe, fordern Sie von Mir keine Unmöglichkeiten, wie man solche seit zwei Jahren nur zu oft von den Regierungen, zum höchsten Nachtheile des Volkes, abverlangt hat, fordern Sie nichts von Mir, was mit den unwandelbar konstitutiven Wahrheiten der Gesellschaft, wie sie sich im Staate darstellt, unvereinbar ist; Ich würde es Ihnen, eingedenk Meiner höheren Regentenpflichten, nicht bewilligen können. Es giebt noch etwas Höheres, als das geschriebene konstitutionelle Gesetz, es ist das moralische Band der Gesellschaft. Ich kenne Meine Pflicht in dieser Beziehung vollkommen; Ich werde nicht erlauben, daß die Anarchie das Steuer ergreift, und die Umsturzpartei, wenn sie ihr Haupt erhöbe, würde es nur allzubald erfahren, daß sie in Württemberg weder Wurzel, noch Kraft, noch Anhang hat.“ ???

Bei der Stelle: „Wir wollen weder Oesterreicher noch Preußen u. s. w. sein“ riefen mehrere Abgeordnete Bravo. Nun trat der Alterspräsident, Abgeordnete Schott, in die Mitte und beantwortete diese Rede in entsprechendem Sinne. (Schw. Merk.)

Darmstadt, 14. März. Die heutige bis gegen 1 Uhr dauernde Sitzung der Assisen im Prozeß Görlitz begann mit der Vernehmung des gestern zuletzt vorgetretenen Zeugen, Hoftheater-Kassier Lipp, über einige Umstände, namentlich über die Frage, ob er in jener Nacht in das an das Wohnzimmer der Gräfin stoßende Kabinet gekommen sei, was er verneinte. Nun wurde in die Richtung des Verfahrens eine Episode eingeschoben. Der Staatsanwalt trug vor, daß einige Zeugen den dringenden Wunsch zu erkennen gegeben hätten, vernommen zu werden, damit sie entlassen würden, weil ihre häuslichen Geschäfte ihre Rückkehr nach Haus verlangten. Der Präsident gab diesem Wunsche Gehör. Zuerst erschien ein Goldarbeiter, wohnhaft in Kassel, welcher angab, am 6. Oktober 1847 sei ein ältlicher Mann in bäuerlicher Kleidung zu ihm gekommen und habe ihm geschmolzenes Gold zum Verkauf angeboten; dies sei ihm verdächtig vorgekommen, daher er auf das nahe Polizeibureau geschickt und bewirkt habe, daß der Mann verhaftet worden. Zeuge, welcher hinzufügte, er habe durch Probe erforscht, daß das Angebotene Gold sei, erkannte in dem Angeklagten Heinrich Stauff, der die ihm angezeigte Goldmasse als die erklärte, welche er in Kassel dem Zeugen zum Verkauf angetragen. Auch einen Ring und ein zerbrochenes Armband von unechtem Gold sah Zeuge bei demselben, Verlesung des Protokolls der Polizeibehörde zu Kassel und eines von dem Bürgermeister zu Oberohmen zu Anfang des Oktobers 1847 für Heinrich Stauff ausgestellten Heimathsscheins, worin die Bemerkung vorkommt, daß derselbe ihn gefordert habe, um nach Darmstadt zu reisen. Ein zweiter Zeuge aus Kurhessen, Andreas Kranz von Seidelsdorf, der den Heinrich Stauff und dessen Sohn Johann schon früher gekannt hatte, sagte aus, daß Ersterer zu Anfang des Oktobers 1847 in seiner Gesellschaft nach Kassel gereist sei und vorgegeben habe, er beabsichtige Samen und ein Pferd zu kaufen, und erzählt, was er überhaupt von dessen Verhältnissen weiß, unter der Bemerkung, daß jener nicht so viel Vermögen habe, um solche Ankäufe zu machen. Dem Johannes Stauff, den er in seiner Jugend kennen gelernt, ertheilt er das Zeugniß, er sei ein braver Junge gewesen. Zeuge Butterhändler Samuel Bondio in Seibelsdorf, ebenfalls ein Genosse der Reise nach Kassel, deponirte, er habe den alten Stauff, der ihm nur gesagt, er habe etwas Gold zu verkaufen, dort zu einem Goldarbeiter geführt, was Anlaß gegeben, daß er gleichfalls verhaftet worden sei, und gab dem Stauff das Zeugniß eines ehrlichen Mannes. Vernehmung von drei Zeugen aus der Provinz Oberhessen, unter denen sich zwei Branntweinbrenner befinden, bei denen Johannes Stauff in den Jahren 1842 bis 1844 als Knecht diente, und welche erklären, daß ihnen nichts bekannt sei, was zum Nachtheil desselben gereichen könne. Der eine Zeuge erachtete sich nur benachtheiligt durch das Mitnehmen einer kleinen Portion natron carbonicum, als Geheimmittel. Bemerklich machte sich die Angabe dieses Zeugen, daß sein Schullehrer, der auch der Schullehrer Stauffs, die Gewohnheit gehabt habe, von der schädlichen Eigenschaft des Grünspans zu reden. Der Präsident nahm daraus Anlaß, den Angeklagten zur Erklärung aufzufordern. Er wollte von einer Schulbelehrung darüber und von der Schädlichkeit des Stoffs nichts wissen. Nach dieser Episode kehrte das Verfahren zu der früheren Richtung zurück. Vernehmung des Schämbs, Kutschers des Grafen v. Görlitz, die unterbrochen wird, um in der Nachmittagssitzung wieder aufgenommen zu werden.

In der Nachmittagssitzung des Schwurgerichts wurde die Vernehmung des ehemaligen Kutschers des Grafen von Görlitz, des jetzigen Schuhmachers Schämbs in Undenheim (Provinz Rheinhessen) fortgesetzt. Von besonderem Interesse ist seine Aussage in Bezug auf sein Verhältniß zu Johann Stauff. Er habe bis zu jenem verhängnißvollen Tage des 13. Juni in gutem Vernehmen mit ihm gestanden, nachher habe er nichts von ihm wissen wollen, indem er ihn zu Schwänken geneigt gefunden. Gleich am folgenden Tag habe Stauff sich geäußert, er wolle einen besseren Dienst suchen, so daß er, Zeuge, darüber indignirt, daß derselbe nicht einmal so lange gewartet, bis die Ueberreste der Gräfin bestattet, ihm einen Verweis ertheilt habe, den er ruhig hingenommen. Aus dieser Absicht, schnell den Dienst zu verlassen, ehe der trostlose Graf habe daran denken können, wie es gehalten werden solle, habe er, Zeuge, Grund zum Argwohn geschöpft. Letzterer gab an, Stauff habe sich dem Geschäft der Hinführung zur Leiche seiner Herrin und der Aufdeckung derselben entzogen, so daß er, Zeuge, dies habe übernehmen müssen. Dieser gedachte auch des Verhältnisses des Angeklagten zu seiner Geliebten, die ihm ein Kind geboren, diese habe sich bei ihm beklagt, daß ihr Geliebter mit seinem Gehalt nicht auskomme, von ihr sich Geld geben lasse, auch Kleidungsstücke (sechs Hemden); ihr Bild, das er an der Wand seiner Stube hängen gehabt, habe er vor der Gräfin verleugnet, indem er es für das Bild einer verstorbenen Jugendfreundin ausgegeben. Briefe habe er unterschlagen und bei der Wiederausgrabung der Leiche der Gräfin habe der Angeklagte eine Bewegung mit den Armen gemacht, als wenn er hätte sagen wollen: Ich habe Wunder geglaubt, was hier vorgehen soll; eine solche Aeußerung habe auch Jemand vernommen. Sonst beschäftigte sich die Aussage des Zeugen ausführlich mit den Vorgängen am Nachmittag und in der Nacht des 13. Juni, mit jenem Vergiftungsversuch zu Anfang des November, ohne daß sie neue (dem Leser unbekannte) Momente von Wichtigkeit auftauchen ließ. In diese Zeugenvernehmung verwebte sich die Hindeutung auf den durch Erdrosselung bewirkten gewaltsamen Tod des Onkels der Gräfin (Herrn Schulz in Frankfurt a. M.) im vorhergegangenen Jahre 1846, an dem ein Bedienter desselben Theil genommen. Die Vorrufung des Kammerdieners des Grafen, Friedrich Schiller, am Schluß der Sitzung hatte nur den Zweck, die morgende Vernehmung desselben vorzubereiten. Der Präsident leitet das Verfahren mit großer Umsicht und bemühte sich, Alles in den Kreis desselben zu ziehen, was irgend einen Schimmer von Licht in das Dunkel der Sache werfen könnte. Die Aufmerksamkeit der Geschwornen ist sehr groß. Das dicht gedrängte Publikum zeigt gleichfalls das Bild der Unermüdlichkeit. Die Frage des Ausgangs bewegt die Gemüther fast fieberhaft. (O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 14. März. Die Deutsche Zeitung meldet nach der Kölnischen, daß das Interim auf drei Monate verlängert sei. Diese Nachricht entbehrt alles Grundes. Nicht daß an dieser Verlängerung an sich gezweifelt würde, aber es sind keine Ursachen vorhanden, welche daran glauben ließen, daß schon jetzt ein dahin zielender Beschluß gefaßt sei, sofern man nicht die Quelle in der Convention vom 30. September selbst finden will. Allerdings ist es richtig, daß die Verlängerung des Interim einen Theil der zu Wien jetzt schwebenden Verhandlungen bildet. Von wohlunterrichteter Seite vernimmt man aber auch, daß Baiern entschlossen sei, zu einer Fortdauer in der bisherigen Weise seine Zustimmung nicht zu geben. In dieser Beziehung wird die Neugier wohl bald befriedigt werden, und nach dem Axiom Parta tueri wird die einmal geschaffene Form wohl ihr Leben so lange fristen, bis wir in ein Definitivum hinübergehen. Von der Wiederberufung der Bundesversammlung, dem Ziele der Wünsche vieler, hält bis jetzt nur die politische Schamhaftigkeit ab. Sie ist am Ende aber auch zu überwinden. (C. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. März. Der General-Major v. Krogh ist zum Obergeneral der Armee ernannt worden.

— Der vorjährige Ober-General von Bülow ist den ganzen Winter krank gewesen und noch nicht genesen; auch der General de Meza ist noch immer leidend, nach einer sehr schmerzhaften Steinoperation, welcher er sich unterziehen mußte.

— Bekanntlich wurde der General Krogh nach der Eckernförder See-Bataille im vorigen Jahre von dem Oberkommando, was er damals inne hatte, von dem Kriegsminister Hansen abberufen und General Bülow trat an seine Stelle.

Oesterreich.

Wien, 16. März. Der Lloyd meldet. „Der Kriegs-Minister Graf Gyulai ist vorgestern, in Begleitung mehrerer Stabsoffiziere,

auf einen sehr wichtigen Posten in der aktiven Armee berufen, nach Italien abgegangen. Sicherem Vernehmen nach übernimmt Feldmarschall-Lieutenant Degenfeld, mit Beibehaltung seines Ranges in der Armee, das Portefeuille des Ministeriums des Krieges und der Marine. Das durch auswärtige Blätter verbreitete Gerücht, daß diese Veränderungen die Folge eines im Kabinet entstandenen Zwiespaltes seien, ist als ganz unbegründet zu bezeichnen."

Dasselbe Blatt sagt: „Wir vernehmen, daß Se. Majestät der Kaiser die Verordnung, welcher zufolge die Nationalgarde in Ungarn assentirt werden sollte, annullirt hat."

— Die Leibacher Zeitung meldet, daß der Hafen von Cattaro zur beständigen Station einer russischen Flotte bestimmt worden sei.

Prag, 16. März. Die Deutsche Ztg. a. B. meldet, daß Se. Majestät der König von Preußen den Gemeindevorstehern der Badestadt Teplitz folgendes Handschreiben übersendet habe: „Ich habe von der Absicht der evangelischen Gemeinde zu Teplitz, eine eigene evangelische Schule daselbst zu gründen, mit vielem Interesse Kenntniß genommen, und zur Förderung des Unternehmens einen Beitrag von 100 Friedrichsd'or bewilligt, welche Ich den Vorstehern der Gemeinde hierbei mit dem herzlichen Wunsche zugehen lasse, daß ihr Vorhaben von dem reichsten göttlichen Segen begleitet sein möge. Charlottenburg, 25. Februar 1850. Friedrich Wilhelm."

Triest, 17. März. (Auf telegraphischem Wege.) Briefe aus Bombay vom 16. Februar melden die Ankunft der Dampffregatte Mussafir in Suez den 7. März mit 129 Passagieren. Politische Neuigkeiten: Eine Meuterei, ausgebrochen im 66sten Seepoy-Regiment der Pendschab-Armee, rasch gestillt durch herbeigezogene Truppen; die Entfernung der Seiks aus dem Pendschab angeordnet und durchgeführt. Ruhe im übrigen Indien. Rückkehr des Lord-Gouverneurs nach Kalkutta.

(D. Ref.)

Schweiz.

Vom Genfersee, 5. März. Wenn auch die Schweiz fürs Erste keinen Angriff von Oesterreich und Preußen zu fürchten hat, so ist sie dadurch noch nicht über alle Berge. Aus guter Quelle wird uns aus Paris geschrieben, Oesterreich, Preußen, Bayern und Würtemberg hätten ein Protokoll unterzeichnet, dem neuerdings auch Rußland beigetreten wäre, worin diese Mächte die Schweiz auf ihre politische Stellung durch den Wiener Tractat, also auch zur Wiederherstellung des Fürstenthums Neufchatel zurückführen wollen. Der preußische Gesandte in Paris soll sich über letztere Restauration sehr bestimmt und entschieden aussprechen, und dabei nicht gerade auf den gegenwärtigen Augenblick, sondern nur auf ein unwandelbares Prinzip hindeuten, das in günstigerer Zeit zur Ausfuhrung kommen könne. Frankreich und auch Oesterreich vermitteln in dieser Beziehung aufs Eifrigste. So dürfte es wohl für den Augenblick nicht zum Ausbruch kommen. Rückten aber früher oder später die Preußen in die auf dem rechten Rheinufer von Baden enclavirten Schweizer-Länder oder in Neufchatel selbst ein, so dürfte Frankreich gleich Genf und Lausanne besetzen, womit Preußen ganz einverstanden sein soll.

(A. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. März. Abens 8 Uhr. Die heutige Nummer des Präsidial-Organs Napoleon fordert die Majorität zur Eintracht auf, da der Präsident der Republik entschlossen sei, gemeinschaftlich mit ihr den Socialismus mit Nachdruck zu bekämpfen.

— Die französische Flotte wird, dem Constitutionnel zufolge, in 14 bis 21 Tagen zu Toulon erwartet. Sie hat sich von Malta nach Neapel begeben, um den Papst nach Civitavecchia zu geleiten. Die in der Tiber angelangten zwei Dampfschiffe haben gleiche Bestimmung. Die Fregatte „Pomana" dagegen ist in Toulon angelangt.

— Die Nationalgarde von Montpellier ist wegen roth-republikanischer Kundgebungen durch Dekret des Präsidenten der Republik aufgelöst worden.

Großbritannien.

London, 14. März. „Daily News", das bedeutendste und einflußreichste der demokratischen Blätter Englands, widmen heute den deutschen Angelegenheiten einen längeren Artikel, in welchem die neuesten Konstellationen beleuchtet werden. Wir enthalten uns, die Ausdrücke wiederzugeben, in denen gewisse Bestrebungen diesseits des Kanals von dem englischen Blatte charakterisirt werden, und heben hier nur eine kurze Stelle heraus, worin Preußens gedacht wird. Das demokratische Blatt sagt denn also u. A.: „Wir sind weit entfernt, alle Handlungen der preußischen Regierung zu billigen, noch gewillt, etwas von dem bittern Tadel zurückzunehmen, zu dem wir uns genöthigt sahen. Dennoch vermögen wir die einzige Hoffnung auf Deutschlands rationelle Entwickelung, Macht nnd Freiheit nirgend anders als in Preußen und in dem Siege der vom Berliaer Hofe eingeschlagenen Politik zu erblicken."

London, 15. März. Herr Ellis, Parlamentsmitglied, hat gestern Sir G. Grey eine von 59,686 Frauen unterzeichnete Petition an die Königin übergeben, worin um Förderung des Gebrauchs der „freien Arbeit" nachgesucht wird. Betitelt ist das Schriftstück: Anti-Sklaverei-Petition.

— Lord Palmerston erklärte gestern im Unterhause auf eine an ihn gerichtete Interpellation, daß die Anwesenheit des britischen Geschwaders im Mittelländischen Meere in keiner Beziehung zu der Occupation der Donaufürstenthümer durch russische Truppen stehe; ferner: es habe, genau genommen, niemals eine eigentliche Blokade der griechischen Häfen bestanden, sondern nur eine Festnehmung griechischer Schiffe als Unterpfand, aber auch diese Festnehmung sei Sir W. Parker am 1sten d. M. einzustellen unterwiesen worden, nachdem Frankreich seine guten Dienste angeboten, und so habe denn das Verbot gegen griechische Schiffe, die Häfen zu verlassen, aufgehört; unter einer eigentlichen Blokade verstehe man, daß auch die Schiffe von Neutralen verhindert würden, in die Häfen des Staats, deren Küste blokirt sei, einzulaufen oder diese Häfen zu verlassen; dies sei aber in Griechenland nicht geschehen; endlich: was die russischen Truppen in den Donaufürstenthümern betreffe, so habe die englische Regierung die Versicherung erhalten, daß die Zahl derselben mit Eintritt besserer Witterung vermindert werden solle.

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 19. März. Wir erfahren aus der Ostsee-Zeitung, daß ihr nachstehende Verfügung der Königl. Regierung zugegangen ist, die im Allgemeinen bereits seit einigen Wochen an die Landräthe und Baubeamten, nun aber auch an andere Beamte lithographirt abgesandt ist:

„Nach einem Reskript des Königlichen Ministeriums des Innern ist den Staatsbehörden empfohlen worden, die demokratischen und dem Gouvernement feindlich entgegentretenden Blätter auf keine Weise zu unterstützen und namentlich den in jene Kategorie gehörigen Provinzial- und Lokal-Blättern keine amtlichen Bekanntmachungen zuzuwenden. Demgemäß sind bereits die Landräthe und Baubeamten des Regierungsbezirks mit Anweisung versehen und wird ihnen die genaue Beachtung eines gleichmäßigen Verfahrens zur Pflicht gemacht, wobei wir die Aussonderung der zu amtlichen Bekanntmachungen nicht weiter geeigneten Blätter Ihrer eigenen Beurtheilung überlassen, und nur vorläufig bemerken, daß nach einer Mittheilung der Abtheilung des Innern unseres Kollegiums die hiesige Ostsee-Zeitung und der hier bei Gentzensohn erscheinende General-Anzeiger für solche Blätter zu erachten sind, welche nach der vorerwähnten Bestimmung des Königlichen Ministeriums des Innern zur Aufnahme amtlicher Anzeigen und Bekantmachungen nicht mehr zu benutzen sein werden.

Stettin, den ...."

Dazu bemerkt das Blatt: Herr von Manteuffel wird seinem Biographen gar nichts zu thun übrig lassen, er schreibt selbst seine Geschichte. Im hiesigen Regierungs-Collegium muß er gelehrige Schüler haben: Das Ministerium empfiehlt, die Regierung macht zur Pflicht; welch eine Fülle des mannigfaltigsten literarischen Verdienstes häuft sich auf das Haupt des Meisters! Und nun erst die weisen Verwaltungsmaximen, deren unmittelbarer Ausfluß jene ministerielle Verfügung ist!

Es folgen noch einige Kraft-Ausdrücke, die wir nicht weiter verbreiten wollen. Wir verwundern uns nicht über diese Maßregel, sondern nur darüber, daß sie nicht längst eingetreten ist. Vive la republique! ruft ein Exaltirter unter dem Königthum in Frankreich. Die Regierung arretirt ihn. Vive le roi! ruft ein Betrunkener in der Republik. Die Republik führt ihn ebenfalls ab.

— Dasselbe Blatt wirft bei Besprechung der letzten Wahlen, welche natürlich Minoritätswahlen in seinem Sinne sein müssen, gelegentlich die frohlockende Aeußerung aus, „die vertagte zweite Kammer solle, wie man in gewissen Kreisen behaupte, zuletzt schon auf dem besten Wege gewesen sein, so radikal (!) zu werden, wie die National-Versammlung." Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir diese Klänge auf die Glocke, welche das Ostseeblatt in Nr. 57 unserer Zeitung bei Besprechung einer Versammlung im Hotel de Prusse hat läuten hören, zurückführen. Dort äußerte Jemand, „wenn die zweite Kammer noch 4 Wochen getagt hätte, so wäre eine zweite souveraine National-Versammlung zu Stande gekommen, so diktatorisch hätten sich schon einzelne Kommissionen und Fraktionen benommen." Souverain oder diktatorisch und radikal sind für das Ostseeblatt demnach Wechselbegriffe; der Vergleich traf nur das Herrschsüchtige, in welches die Kammern durch lange Sitzung zu fallen Gefahr laufen. Beiläufig ein Beleg, mit welchem Ohre jenes Blatt die Nachrichten auffaßt, um sie in seinem Sinne auszubeuten.

— Dasselbe Blatt ist fortwährend bemüht, die Minorität der Urwähler aus den verschiedenen Wahlkreisen der Provinz nachzuweisen.

— Die Pomm. Bürgerzeitung ahmt es der Nationalzeitung zur Feier des 18. Märzes nach, indem sie statt der Lorbeeren einen Eichenkranz an die Spitze stellt. Der Anfang lautet: „Trauert nicht um die Todten!" Das Ende:

„Wie die ersten Christen das Bild des Gekreuzigten als eine unaufhörliche Fülle des Trostes und der Stärkung ansahen, so denken wir an unsere Erlöser, die da für uns!! in den Tod gingen. Mag sich Jeder das Gelübde ablegen, wir wollen nicht schlechter sein, als diese. So laßt uns nicht trauern, aber auch nicht vergessen; mag in uns der Schmerz weichen der Zuversicht zur Form (?) und dem heiligen Zorne. Denken wir daran, daß wir den Todten das ewige Leben erringen müssen, indem ihre Thaten verherrlicht und verklärt sind; denn ihr unvergängliches Monument ist nur die errungene Freiheit, die ihren letzten Athemzug heiligte."

So spielen diese Blätter mit dem Heiligsten, was der Christ kennt.

— Dasselbe Blatt enthält eine Erklärung der sog. freien christlichen Gemeine über ihre Ansichten und Tendenzen, welche die hiesige Judenschaft von ihr verlangt hat, um danach über die Aufnahme derselben in ihren Tempel ihr Urtheil abgeben zu können.

„Auf Ihre Zuschrift vom 10. d. M. und das Begehren, einen Einblick in die Grundbedingungen und Tendenzen unserer Gemeinde zu erhalten, beehren wir uns von dem Standpunkte aus, auf welchem wir uns am heutigen Tage befinden, in Kürze zu erwiedern: Die Grundbedingung unserer Vereinigung ist das Streben nach eigener religiös-sittlicher Bildung in naturgemäßer und vernünftiger Unabhängigkeit. Die Wege, welche uns diesem Ziele entgegenführen sollen, sind die des freien Geistes, nämlich: vernünftiges Denken und Prüfen und die Aneignung der letzten Resultate aller menschlichen Wissenschaft und Erfahrung. Wenn wir dabei die Unfehlbarkeit wie immer Namen habender Autoritäten ebensowenig zugeben, als wir die eigene behaupten, so schöpfen wir die religiöse Wahrheit sowohl aus den ehrwürdigen Urkunden des Alterthums, aus der Bibel, als aus den Bekenntnissen aller Konfessionen, und suchen sie mit dem praktischen Leben zu verbinden. Der Glaube an das ewige Walten Gottes ist eine Nothwendigkeit, der kein denkender Mensch jemals, auch unsere Gemeinde nicht, wird entsagen können. Die bis jetzt ungelösten Fragen unserer geistigen Zukunft beantworten wir so lange durch das Vertrauen auf Gott, als die Wissenschaft eine vernunftgemäße Antwort nicht geben kann. Den Gesetzen des Staates unterwerfen wir uns; wir beanspruchen dabei von seiner Seite für uns die Anerkennung jener religiösen Rechte, deren sich die Menschheit niemals begeben kann. Unser Verhältniß zu allen andern Konfessionen ist uns das der Duldung; wir verlangen und üben sie. Da wir uns jedoch von einer jeden Vormundschaft des Priesterthums für immer losgesagt haben, so ist es natürlich, daß wir uns zu den „herrschenden positiven" evangelischen und katholischen Kirchen auch in negativer Opposition befinden, anders könnten die oben erwähnten Prinzipien ohnehin nicht zur Geltung gelangen. Bei dieser Erklärung berufen wir uns auf die Oeffentlichkeit unseres Gottesdienstes nnd unserer bisher gepflogenen Gemeindeverhandlungen."

Stettin, den 12. März 1850.

Der Vorstand der freien christlichen Gemeinde.

Bröcher. Schultz. Willenius. Conrad.

— Das Wasser fällt langsam. Das Schneewetter dauert fort.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1½ sgr.; frei in's Haus: 2½ sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 67. Mittwoch, den 20. März. **1850.**

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Bollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

Einpassirte Fremde.

Vom 18. März.

Hotel de Prusse. Geb. Reg.-Rath Arndts aus Düsseldorf; Partikulier v. Zitzwitz a. Halle; Gutsbesitzer v. Osten aus Blumberg, Funck aus Berlin; Kaufleute Callas aus Danzig, Baumüller aus Rheims.

Drei Kronen. Fabrikbesitzer Labahn aus Greifswald; Partikulier Maaß, Kaufleute Hirschfeld aus Berlin, Thomsen aus Kiel, Meyer aus Hamburg.

Hotel du Nord. Rechtsanwalt Wilcke aus Naugard; Assessor Dallmann aus Danzig; Gutsbesitzer Kanterfeld aus Warnsdorff; Kaufleute Simon, Jonas aus Berlin, Schultz aus Hull.

Hartwigs Hotel. Kaufleute Kasten, Lewin, Fräulein Eichenhorst aus Berlin; Oekonom Krause aus Landeck.

Hotel de Petersburg. Rentier Bensius aus Neustettin; Oekonom Eggebrecht aus Oerden; Navigationslehrer Steinert aus Stralsund; Kaufmann Oppermann aus Leipzig.

Fürst Blücher. Oekonom Bergues aus Sulzbach; Kaufleute Holzdorff aus Angermünde, Modeso, Meyer aus Berlin, Kerkel aus Magdeburg.

Deutsches Haus. Kaufmann Kamecke, Buchdruckereibesitzer Gering aus Ueckermünde; Sekretair Lange a. Breslau; Oekonom Siewert a. Anklam; Töpfermeister Bertram aus Woldeyke.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Im Monat Febr. 1850 betrug die Frequenz auf der Hauptbahn:

	Thlr.	sgr.	pf.
13,462 Personen, davon Einnahme .	17,685	24	10
90,810 Zoll Centner Passagier-, Eil- u. Fracht-Güter, davon Einnahme .	19,179	11	—
zusammen	36,865	5	10
Gegen die Einnahme im Febr. 1849 von	39,578	12	4
also weniger	2713	6	6

Publicandum.

Ueber die Verwaltung der hiesigen Spar-Kasse für das Jahr 1849 bringen wir hiermit Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß. Nach unserer Bekanntmachung vom 7ten März v. J. war der Kapital-Bestand des Instituts am Schlusse des Jahres 1848, welcher auf

		Thlr.	sgr.	pf.
1849 überging	Thlr.	333,807.	4.	11.
zu welchem im Jahre 1849 an neuen Einschüssen von 6363 Interessenten hinzukamen .	=	121,017.	16.	11.
woraus sich eine Summe von	Thlr.	454,824.	21.	10.
als Gegenstand der vorjährigen Verwaltung ergiebt. An Rückzahlungen im Laufe des vorigen Jahres und in dem im Januar d. J. angestandenen Zinstermine sind an 3747 Interessenten geleistet	=	93,281.	4.	4.
wonach verbleiben	Thlr.	361,543.	17.	6.
Hierzu kommen die unabgefordert gebliebenen und den Guthaben der einzelnen Interessenten als Kapital zugeschriebenen Zinsen mit	=	7,711.	13.	4.
und gehen nun an Kapital-Bestand	Thlr.	369,255.	—.	10.

als 9350 einzelnen Interessenten gebührend, in das Jahr 1850 über.

Diejenigen Interessenten, welche über den Abschluß ihres besonderen Conto's näheren Ausweis zu haben wünschen, wollen sich deshalb auf der Kasse melden, wo ihnen solcher zu jeder Zeit ertheilt werden wird.

Stettin, den 15ten März 1850.

Die Vorsteher der Spar-Kasse.

Wahl zum Gewerberath.

Zur Wahl von 5 Mitgliedern und 5 Stellvertretern für den Gewerberath werden die Fabrikherren der Stadt und des städtischen Polizei-Bezirks auf

Freitag, den 22. März, Vormittags 10 Uhr,

im Rathssaal hiermit eingeladen, und bemerkt, daß nur die in der Liste verzeichneten Wähler bei der Wahl zugelassen werden können, und die Liste vom 8ten bis 14ten d. M. in der Registratur des Magistrats zur Einsicht bereit liegen wird.

Stettin, den 7ten März 1850.

Görlitz.

Auktionen.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf von Kloben- und Knüppel-Brennholz in verschiedenen Holzarten aus dem Königl. Forstrevier Mützelburg an Holzhändler und sonstige Holzkonsumenten steht ein Termin auf

Montag, den 8ten April, Vormittags 11½ Uhr,

im Forsthause zu Gr. Mützelburg an, wobei bemerkt wird, daß Meistbietender verpflichtet ist, ⅙ seines Gebots als Kaution bei der Königl. Forstkasse zu deponiren, oder, wenn es ihm genehm, er auch das ganze Kaufgeld sogleich bezahlen kann.

Die übrigen Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht werden.

Torgelow, den 14ten März 1850.

Der Königl. Forstmeister v. Gayl.

Vermischtes.

Swinemünde, 16. März. Leider haben wir seit nun bereits sechs Tagen starke Stürme aus WNW., jetzt seit zwei Tagen aus Nordost! Das Meer braust gewaltig und das Wasser ist bei dem plötzlich stark eingehenden Strom, der gewaltige Wassermassen von oben aus dem Haff herunterführt, so stark angewachsen und gestiegen, daß es mit dem Bollwerk in gleicher Höhe steht und alle Keller der Stadt gefüllt sind. Die Noth in den am Strom und Haff liegenden Städten, Dörfern und Flecken ist groß, da die Fluthen nun keinen Abfluß haben und größtentheils die Häuser derartig gefüllt sind, daß Menschen und Vieh auf den Böden der Häuser Zuflucht suchen müssen. Die Lage der sämmtlichen Bewohner der vielen Orte am Haff und der Oder ist durch dieses Vordringen der Wassermassen aus dem Meer und von oben herab verzweiflungsvoll! Gebe der Himmel, daß der Sturm aus Nordost nicht länger anhält und noch stärker wird, weil unsere ganze Stadt in diesem Falle auch noch das Elend der Ueberfluthung durchzumachen hätte!

— Heute langte von Newcastle das erste Dampfschiff mit archimedischer Schraube, beladen mit Stückgütern, hier glücklich an. Das Schiff heißt Conside, Capt. Spence, und hat die Reise von England trotz der großen Stürme in sieben Tagen gemacht. Diesem ersten Schrauben-Dampfschiff, welches in den vaterländischen Hafen einläuft, werden noch zwei andere folgen, die gleichfalls Güter geladen haben.

— Die Wahl zur ersten Kammer fand heute hier statt, und wurde derselbe Wahlmann, Herr Konsul Krause, gewählt, der bereits früher dieses Mandat inne gehabt hatte. (D. Ref.)

Marienburg, 13. März, Abens. Das Wasser ist im Laufe des Tages noch um weitere 5 Zoll gewachsen und steht hier 19 Fuß 6 Zoll. Die Passage ist bei diesem hohen Wasserstande schwieriger geworden und könnte derselbe leicht Veranlassung geben, daß auch hier des Nachts nichts übergebracht würde. Es sind hier Nachrichten von oberhalb eingegangen, wonach angenommen werden muß, daß dieser hohe Wasserstand durch das Aufgehen der größeren Nebenflüsse der Weichsel, Buk und Narew sowohl, als auch durch das Thauwetter im Süden entstanden ist. Bei Dirschau steht das Wasser 18 Fuß 5 Zoll. Durch diese Höhe wird die schon beschädigte Chaussee zwischen den Kämpen noch mehr leiden und die Aussicht auf baldige Aufhebung des gesammten Trajekts noch weiter hinausgeschoben. Bei Tiegenhof ist die Noth sehr groß; es stürzen täglich von den schlecht aus Lehm gebauten Häusern mehrere ein, und bei dem in den letzten Tagen stattgefundenen Nordwind ist das Wasser noch mehr angestaut.

Xions, 16. März. Dem Königlichen Kreis-Gerichts-Rathe Stirle zu Schrimm ist es unter Mitwirkung des Königlichen Polizei-Distrikts-Commissarius Knopf hierselbst gelungen, die Thäter des am 9. Dezember v. J. an der Kariol-Post von hier nach Schrimm, unweit Konarskie Hauland, verübten Postraubes vollständig zu ermitteln. (Const.Z.)

Aus Oberhessen, 12. März. Der gegenwärtige Prozeß Görlitz gab Veranlassung, daß dieser Tage auf der Anatomie in Gießen einige Experimente gemacht wurden, um mittelst derselben die Möglichkeit der Menschenverbrennung und der Verbrennung von innen heraus zu bestimmen. Durch diese Versuche hat sich nun erwiesen, daß eine an einem Sekretair eingeschlafene Person, wenn dieses Möbel angezündet wird, allerdings verkohle, während die Verbrennung von innen heraus sich nicht so bestimmt konstatirte, indem ein Hund, dem man Aether in die Venen spritzte und denselben an der Nase ansteckte, wohl schnell das Leben einbüßte, aber nicht ganz verkohlte. (Rh. Bl.)

Schramberg (in Schwaben), 11. März. In letzter Woche ist man einer weit verzweigten Bande auf die Spur gekommen, welche schon seit längerer Zeit mittelst Verbreitung falscher Lotterieloose und auf sonstige Weise Erpressungen und Betrügereien in großartigem Maßstab verübt hat. Die bis jetzt erhobene Summe beläuft sich bereits auf etwa 3000 Fl.; es sollen namentlich Juden aus Hechingen bei der Sache betheiligt sein. Es ist wahrhaft traurig, aus so manchen Beispielen der neueren Zeit zu sehen, wie leicht das Volk die Beute solcher Betrüger, und wie dadurch so manche Familie buchstäblich an den Bettelstab gebracht wird. (Schw. M.)

— Man erinnert sich wohl noch, in welcher Weise sich Brentano damals über Struve ausgesprochen hat. Dafür wird Brentano jetzt in den „Erinnerungen" von Frau Struve mit gleicher Münze bezahlt. „Anfangs war die Macht der Hoffnung unter allen Republikanern groß und stark. Allein bald schon tauchten Klagen auf über den Mangel an Thatkraft und Ordnung, welcher sich in allen Zweigen der Verwaltung geltend machte. Anstatt das Banner der Republik zu entfalten, welches der ersten und zweiten Volkserhebung vorangetragen worden war, versteckten sich die Führer der dritten hinter den Schild der Reichsverfassung." — Also die angeblich monarchisch-constitutionelle Reichsverfassung nur ein Versteck für die Republik! Nachdem Brentano am 6. Juli Struve selbst hatte verhaften lassen, aber bald wieder frei geben müssen, ließ er Struve's Begleiter, denen er auf dem Bahnhofe von Offenburg begegnete, entwaffnen und verhaften. „Brentano — schreibt Frau Struve — war von seiner Höhe als erster Diktator so tief herabgestiegen, daß er nichts Anderes zu thun wußte, als den Dienst eines untergeordneten Polizeibeamten zu versehen. — Er ließ Liebknecht und Rosenblum entwaffnen und den letzteren, da er dem Diktator einige beißende Wahrheiten sagte, sogar in eigner Person verhaften. Es waren dies die letzten unmächtigen Zuckungen Brentano'scher Gewaltherrschaft." — Eine Gewaltherrschaft im Namen der Freiheit! Jedenfalls bilden diese „Erinnerungen", sollten sie auch hier und da, was das persönliche Treiben Struve's betrifft, an schwachem Gedächtniß leiden, eine wichtige Vervollständigung der demokratischen Selbst-Enthüllungen. (N. P. Z.)

— Ein seltsames Gerücht hat sich in Thüringen in Bezug auf den am 14. August v. J. bei Mannheim erschossenen Trützschler verbreitet. Am vergangenen Weihnachtsfeste fanden sich nämlich zwei Amerikaner auf dem Landsitze der Trützschler'schen Eltern ein. Ihre Aufnahme bei diesen, so wie bei der Wittwe Trützschlers war eine freundliche. Die fremden Gäste verweilten nur kurze Zeit; aber nach ihrem Weggange schien der Kummer der erst noch so tief Betrübten gemildert, sie wurden heiterer und ihre Wehmuth schien in stille Freude verwandelt. Daraus folgert man nun, daß Trützschler noch lebe, daß er nach Amerika entflohen und eine tröstende Botschaft von ihm den Gram der um ihn Trauernden verscheucht habe. (Köln. Ztg.)

London, 12. März. Die letzten Nachrichten von Californien in der „Morning Chronicle" lauten sehr traurig. In Folge des furchtbaren Brandes, welcher am 24. Dezember halb S. Francisco einäscherte, und nur dadurch in seinem weiteren Fortschritte gehemmt werden konnte, daß man eine Reihe von Häusern mit Pulver in die Luft sprengte, irren Hunderte obdachlos in der dortigen Umgegend umher, mitten unter dem strömenden Regen, vom Fieber geschüttelt, ohne zu wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollen. Es ist seltsam, zu sagen, daß diese Goldgräber buchstäblich nichts zu essen haben, und nur von der Barmherzigkeit Anderer oder von Fischen und Muscheln leben, die sie am Strande sammeln. Viele kommen aus den Goldgruben nach San Francisco nur zurück, um hier vor Entkräftung und Mangel zu sterben. Da sie keine Freunde und kein Geld besitzen, werden sie auf Kosten der Stadt beerdigt. Wöchentlich sterben in San Francisco zwischen 60 bis 70 Personen. Und die Regenzeit, während welcher das Arbeiten in den Goldgruben eingestellt ist, dauert noch bis in den März hinein! Auch in anderer Hinsicht lauten die Nachrichten bedenklich. In der Nacht vom 26. Januar überfielen 200 Goldgräber aus Chili ein nordamerikanisches Lager in den Minen von Calavera, das nur aus 20 Personen bestand, von denen sie drei tödteten, drei schwer verwundeten, die übrigen gefangen nahmen. Man fürchtet, daß ein allgemeines Handgemenge zwischen Chilenos und Nordamerikanern die Folge davon sein werde. Neu angekommene Abenteurer bestreiten das Besitzrecht Johann Sutters auf seine Ländereien, das er ursprünglich von der mexikanischen Regierung erhielt, und haben ohne Weiteres in der Nähe vom Sacramento eine große Zahl von Aeckern in Beschlag genommen, und deren Eigenthümer vertrieben. Dasselbe thaten neue Ankömmlinge in der Mission San Dolores nahe bei San Francisco, 36 der ältesten Einwohner der Mission haben sich an den Alcalden von San Francisco um Schutz gegen diese Gewaltthaten gewandt.

— Bei Woolwich wurden dieser Tage von Artillerie-Officieren Versuche mit einer neuen Art Zündnadelgewehr gemacht, das sich vor dem preußischen dadurch auszeichnen soll, daß es die hinlängliche Versorgung des Militärs mit der nöthigen Munition sichert, die Soldaten in den Stand setzt, eine größere Menge Patronen zu führen und nöthigenfalls sie selbst anzufertigen. Der Erfinder ist ein Hr. Sears. Man kann mit dem Gewehr 4 bis 6 Schüsse in der Minute thun; das Laden ist sehr leicht, es erfordert nur die Anwendung des Daumen und Zeigefingers; die Oeffnung in dem unteren Theile des Gewehrs für die Patrone wird vollkommen luftdicht verschlossen, so daß kein Dampf entweicht, und die explosive Kraft des Pulvers zeigte sich so stark, daß nach 54 Schüssen das Rohr nicht mehr geschwärzt war, wie nach dem ersten. Die Pulver-Ersparniß soll 25 pCt. betragen. In einer Entfernung von 400 Yards trafen bei gehöriger Elevation mehrere Kugeln die Scheibe, auf der halben Entfernung mehrere nahe ans Centrum. Die Kugeln sind zuckerhutförmig.

Getreide-Berichte.

Berlin, 19. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 48—54 Thlr.

Roggen, in loco und schwimmend 25—$26\frac{1}{2}$ Thlr., pro Frühjahr 24 Thlr. bez. u. Br., $23\frac{3}{4}$ G., pro Mai—Juni $24\frac{1}{2}$ Thlr. Br., $24\frac{1}{4}$ G., pro Juni—Juli $25\frac{1}{4}$ Thlr. Br., 25 G., pro Juli—August $25\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $25\frac{1}{2}$ G., pro Sept.—Oktbr. $26\frac{1}{2}$ Thlr.

Gerste, große, in loco 21—22 Thlr., kleine 17—19 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 15—17 Thlr., pro Frühjahr für 50pfd. $14\frac{1}{2}$ Thlr. Br., 14 G.

Erbsen, Kochwaare 30—32 Thlr., Futterwaare 27—29 Thlr.

Leinöl, in loco $11\frac{1}{2}$ Thlr., pro März—April $11\frac{1}{4}$ Thlr., pro April—Mai $11\frac{1}{6}$ Thlr.

Rüböl, in loco $12\frac{1}{2}$ Thlr. Br., $12\frac{1}{3}$ G., pro März $12\frac{1}{4}$ u. $\frac{1}{3}$ Thlr. bez., $12\frac{1}{3}$ Br. u. G., pro März—April $12\frac{1}{6}$ Thlr. bez. u. Br., 12 G., pro April—Mai $11\frac{3}{4}$ u. $\frac{7}{8}$ Thlr. bez. u. G., 12 Br., pro Mai—Juni $11\frac{5}{6}$ Thlr. Br., $11\frac{2}{3}$ G., pro Juni—Juli $11\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $11\frac{7}{12}$ G., pro Septbr.—Oktbr. $11\frac{1}{3}$ u. $\frac{5}{12}$ Thlr. bez., $11\frac{1}{2}$ Br., $\frac{3}{8}$ G.

Spiritus, in loco ohne Faß $13\frac{1}{4}$ u. $\frac{1}{3}$ Thlr. bez., mit Faß pro März—April $13\frac{1}{4}$ Thlr. Br., pro April—Mai $13\frac{1}{4}$ u. $\frac{1}{3}$ Thlr. bez., pro Mai—Juni $13\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $13\frac{1}{2}$ G., pro Juni—Juli $14\frac{1}{4}$ Thlr. Br., 14 G., pro Juli—August $14\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G.

Berliner Börse vom 19. März.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	—	—	106a	Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{8}$	$95\frac{5}{8}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$87\frac{1}{4}$	$86\frac{3}{4}$	$106\frac{1}{4}$	Kur- u. Nm. do.	$3\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	
Sch. Präm-Sch.	—	—	$103\frac{3}{4}$		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{2}$	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$104\frac{5}{8}$	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	$94\frac{3}{4}$	—	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	—						
Grossh. Posen do.	4	—	$100\frac{3}{4}$		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	91	$90\frac{1}{2}$		And. Gldm. a 5 thl.	—	$12\frac{5}{8}$	$12\frac{1}{3}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{7}{8}$	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

	Zinsfuss	Brief	Geld		Zinsfuss	Brief	Geld
Russ. Hamb. Cert.	5	—	—	Poln. neue Pfdbr.	4	—	$95\frac{1}{2}$
do. b. Hope 3. 4. S.	5	—	—	do. Part. 500 Fl.	4	—	$79\frac{3}{4}$
do. do. 1. Anl.	4	—	—	do. do. 300 Fl.	—	$123\frac{1}{2}$	$122\frac{3}{4}$
do. Stiegl. 2. 4. A.	4	—	—	Hamb. Feuer-Cas.	$3\frac{1}{2}$	—	—
do. do. 5. A.	4	—	—	do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	$110\frac{1}{2}$	$109\frac{7}{8}$	Holl. $2\frac{1}{2}$% Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—
do. Poln. Schatz O.	4	$79\frac{1}{2}$	79	Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—
do. do. Cert. L. A.	5	—	$92\frac{1}{4}$	Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	17	N. Bad. do. 35 Fl.	—	$18\frac{5}{8}$	—
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	$96\frac{1}{4}$	—				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss	Reinertrag 48	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B.	4	4	$90\frac{3}{4}$ bz.
do. Hamburg	4	—	83 G.
do. Stettin-Stargard	4	—	$104\frac{1}{2}$ bz
do. Potsd.-Magdebg	4	—	$64\frac{1}{4}$ a $\frac{3}{8}$ bz.
Magd.-Halberstadt	4	7	$142\frac{1}{2}$ G.
do. Leipziger	4	10	—
Halle-Thüringer	4	2	65 bz. u G.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{4}$ bz.
do. Aachen	4	5	43 B.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld.-Elberfeld	5	—	$77\frac{1}{2}$ bz.
Steele-Vohwinkel	4	—	32 B.
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{2}$ a $\frac{5}{8}$ bz.
do. Zweigbahn	4	—	28 B.
Oberschles. Lit. A	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$104\frac{3}{4}$ B.
do. Lit. B	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$103\frac{3}{4}$ B.
Cosel-Oderberg	4	—	—
Breslau-Freiburg	4	—	—
Krakau-Oberschles.	4	—	$68\frac{3}{8}$ bz.
Bergisch-Märkische	4	—	42 B.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{2}$ bz. u G.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittungs-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl	—	—	—
Pesther 25 Fl	4	90	
Fried.-Wilh.-Nordb	4	90	$42\frac{1}{2}$ a $42\frac{2}{3}$ bz.

Prioritäts-Actien.	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl.-Anhalt	4	$95\frac{1}{2}$ B.
do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{8}$ bz. u G.
do. Potsd.-Magd.	4	$92\frac{1}{4}$ B.
do. do.	5	$101\frac{1}{4}$ bz.
do. Stettiner	5	105 B.
Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$97\frac{3}{4}$ a $\frac{7}{8}$ bz.
Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{2}$ B.
Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
do. 1. Priorität.	4	89 B.
do. Stamm-Prior.	4	77 G.
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	94 G.
do. do.	5	$103\frac{3}{4}$ B.
do. III. Serie	5	102 bz.
do. Zweigbahn	$4\frac{1}{2}$	—
do. do.	5	—
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	—
Steele-Vohwinkel	5	$95\frac{1}{2}$ B.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Riesa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona		—
Amsterdam-Rotterdam		—
Mecklenburger		33 B.

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

März.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	19	331,19‴	332,15‴	335,22‴
Thermometer nach Réaumur.	19	— 0,3°	+ 0,2°	— 3,6°